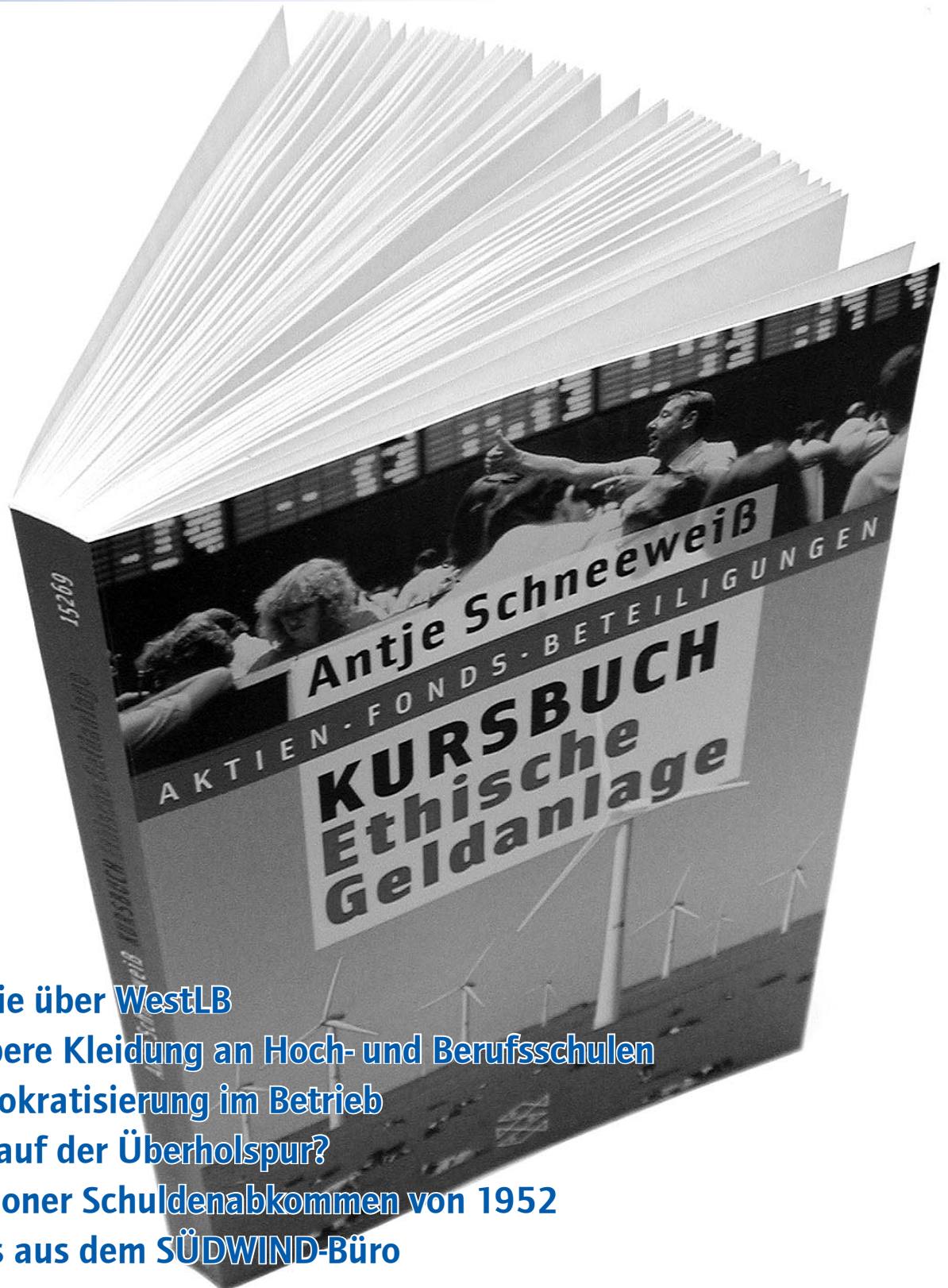


Sü d w i n d I n f o s

INSTITUT FÜR
ÖKONOMIE
UND ÖKUMENE
süd

Nr. 22 Dezember 2002



- Studie über WestLB
- Saubere Kleidung an Hoch- und Berufsschulen
- Demokratisierung im Betrieb
- IWF auf der Überholspur?
- Londoner Schuldenabkommen von 1952
- Infos aus dem SÜDWIND-Büro

Inhalt



EDITORIAL

3



SÜDWIND-AKTIVITÄTEN

- Endlich da: Kursbuch Ethische Geldanlage seit August im Handel 4
- Die WestLB kommt nicht aus den Schlagzeilen 5
- »Saubere Kleidung« an Hoch- und Berufsschulen 6
- »Atypische Beschäftigungsverhältnisse und Betriebsdemokratie« 8
- Buchbesprechungen 10
- Faires und Transparentes Entschuldungsverfahren: Der IWF auf der Überholspur? . . . 12
- SÜDWIND international aktiv 14
- Das Londoner Schuldenabkommen von 1952 15



AUS DEM BÜRO

- Neu dabei: Karin Wieder 16
- Wer kann beim Ökumenischen Kirchentag 2003 SÜDWIND-Materialien auslegen? . . 17
- ÜbersetzerInnen für Homepage gesucht 17
- Faltblatt zum ethischen Investment erschienen. 18
- SÜDWIND wirbt: Homepage, Faltblatt, Musterartikel 18
- Folien und Power-Point-Präsentation zur Vorstellung von SÜDWIND 18
- Wer kommt zu einem Seminar über SÜDWIND? 19
- »Schnuppermitgliedschaft«: Verschenken Sie Mitgliedschaften 19
- Sonderangebot 19

Impressum

SÜDWIND-Infos werden herausgegeben von
SÜDWIND

Institut für Ökonomie und Ökumene
Lindenstr. 58–60
53721 Siegburg

Telefon: 0 22 41 / 5 36 17 oder 6 78 01

Fax: 0 22 41 / 5 13 08

eMail: buero@suedwind-institut.de

Internet: www.suedwind-institut.de

Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft Köln
(BLZ 370 205 00), Konto-Nr. 8 140 000

Redaktion: Friedel Hütz-Adams

Layout: Frank Zander

Titelfoto: Frank Zander

Druck: KNOTENPUNKT, 56290 Buch/Hunsrück



Editorial

Hinter allen, die SÜDWIND und die Idee dahinter mittragen, liegt ein ereignisreiches Jahr 2001. Nun steht Weihnachten 2002 steht vor der Tür. Schon seit Wochen sind die deutschen Innenstädte geschmückt, in den wachsenden Zeitungsbeilagen wird geworben und allenthalben drehen sich die Gespräche um die Frage: »Was wünschst du Dir eigentlich?« Das Weihnachtsgeschäft ist für die viele Geschäfte und Konzerne entscheidend. Und damit zugleich für Steuer- und Finanzminister Eichel und seine EU-Bilanz 2002.

Manchen von uns ist das unheimlich. Auch weil wir inzwischen alles Notwendige besitzen, haben wir seit längerem Verabredungen getroffen: Keine Geschenke mehr zu Weihnachten. Und dann sitzen wir da. Und irgend etwas fehlt. Richtiges Weihnachtsgefühl will sich nicht einstellen. Und die Frage ist offen: »Was wünschst Du Dir eigentlich?«

Wir leben in einer zwiespältig gewachsenen Weihnachtskultur. Sie greift nach uns. Und das von zwei Seiten gewaltig. Wir leben zwischen der Glühweinstimmung unserer Weihnachtsmärkte und der Erinnerung an: »Ehre sei Gott in der Höhe.« Und darum gegen alle Bush-Trommeln für neue Kriege in der Hoffnung auf »Friede auf Erden.« Und darum in der Erwartung: »Den Menschen ein Wohlgefallen,« d.h. ein Wohlleben der Vielen in Würde ohne Angst vor Hunger und Heimatlosigkeit.

Zu Weihnachten wird vielen wachen Zeitgenossen dieser Zwiespalt deutlicher als sonst. Wir bei SÜDWIND wollen auf weihnachtliche Glühweinstimmung nicht verzichten. Nicht vernebeln lassen wollen wir uns dabei aber die Erinnerung an die großartige, uns tragende Weihnachtsbotschaft. Sie gibt uns in all unseren kleinen Schritten Boden und Richtung. Von solchen kleinen, unbeirrten Schritten zeugt auch dieses Info.

Neue Themen

Im vergangenen Jahr wurde mit dem neuen Themenbereich »Schritte zur Überwindung von struktureller Gewalt in den Nord-Süd Beziehungen« die Veröffentlichung von bis zu sechs Materialheften in den nächsten 3 Jahren inhaltlich und finanziell vorbereitet (Details dazu siehe im Editorial des vorigen SÜDWIND-Infos). Einiges ist noch im Fluss, doch die ersten beiden Bände sollen Ende Januar 2003 vorliegen.

Es gibt von SÜDWIND neue Bücher zu Weihnachten

SÜDWIND kann eine nachdenkliche Publikation zur Beantwortung der Frage »Was wünschst Du Dir eigentlich?« beitra-

gen. Das »Kursbuch Ethische Geldanlage«, verfaßt von Antje Schneeweiß und herausgegeben von SÜDWIND, erschien jüngst im Fischer Taschenbuch Verlag. Ein weiterer Tipp, wie wir mit unserem Geld (nicht?) umgehen sollten, ist leider noch nicht ganz fertig. Eine neue Studie mit dem Arbeitstitel »Projektförderung der WestLB in Entwicklungsländern. Nachhaltige Investitionen oder sozial-ökologische Katastrophe« wird leider erst nach Weihnachten erscheinen. Hier empfiehlt sich ein Gutschein-Geschenk.

Rechtzeitig vor Weihnachten erschienen ist dagegen die epd-Dokumentation »Fit for Fair – Für menschenwürdige Arbeitsbedingungen in der Sportswear-Industrie«. Wen der Bericht im letzten SÜDWIND-Info über den gleichnamigen Kongress neugierig gemacht hat, der kann nun Details nachlesen – und daraus seinen eigenen Schlüsse für Weihnachtseinkäufe ziehen.

Auf Reisen: der Schock in Argentinien

SÜDWIND-MitarbeiterInnen mussten auch in diesem Jahr wieder viel reisen. Da waren Recherchereisen, doch auch Vorträge im In- und Ausland. Am eindrücklichsten waren die Schilderungen von Pedro Morazán Mitte 2002 nach seiner Reise nach Argentinien. Zwar hatte SÜDWIND kurz zuvor in einer gemeinsam mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst herausgegebenen Broschüre (»Schuldenkrise in Argentinien – Wer zahlt die Zeche?«) nachdrücklich auf die Auswirkungen der Schuldenkrise in dem südamerikanischen Staat hingewiesen. Doch Pedro, der das Land von früheren Reisen kennt, kam mit den Worten zurück: »So was habe ich noch nicht gesehen. Binnen Monaten sind in Argentinien Millionen Menschen total verarmt. Durch die Straßen der Hauptstadt Buenos Aires ziehen nachts tausende Menschen und durchwühlen den Müll. Die Menschen haben nichts mehr. Und der Winter steht vor der Tür.«

Mittlerweile wurden die Situation der Argentinier mehrfach in Medienberichten beschrieben. Doch SÜDWIND wird über die Beschreibung hinaus immer wieder die Frage aufwerfen, warum es zu dieser Verelendung kommen musste. Wir glauben an Möglichkeiten zur Veränderung und zeigen Handlungsmöglichkeiten auf.

Ein alter Streiter für internationale Gerechtigkeit, Hans de Boer, pflegt seine Briefe und Berichte (zuletzt aus dem Irak) mit dem Wunsch »gesegnete Unruhe« zu unterschreiben. Diesem Wunsch schließen wir uns am Ende von 2002 an.

FRIEDEL HÜTZ-ADAMS/DIETER MANECKE ■

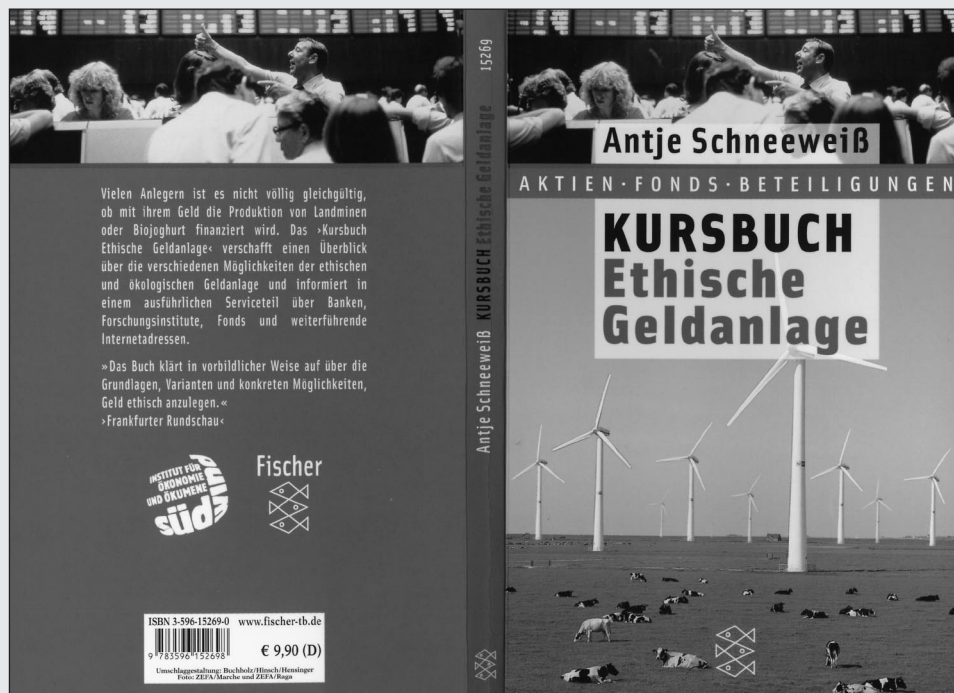
Die nächste Mitgliederversammlung des SÜDWIND e.V. findet am 22.3.2003 in Köln statt. Termin bitte vormerken!

Die schon in den letzten beiden Infos angekündigte aktualisierte Neuauflage des Buches »Mein Geld soll Leben fördern« ist nun seit August erhältlich. Der neue Titel der von Antje Schneeweiß verfassten Studie lautet: »Kursbuch Ethische Geldanlage«. SÜDWIND ist Herausgeber des beim Fischer Taschenbuch Verlag erschienenen Buches, dass entweder direkt hier im Büro oder im Buchhandel erworben werden kann.

Das Interesse an dem Buch ist groß, was sich sowohl an den im Büro eingegangenen Bestellungen als auch an den vielen Buchbesprechungen in der Presse zeigt.

Auch dies bestätigt nur noch einmal, dass es ein immer größer werdendes Interesse am ethischen Investment gibt und immer mehr Menschen ethische Kriterien als Entscheidungskalkül bei ihrer Geldanlage einbeziehen wollen.

Sollte es ein Interesse geben, das Buch und die Thematik im Rahmen einer Veranstaltung tiefergehend zu behandeln, nehmen Sie bitte Kontakt mit uns auf.



**Endlich da:
»Kursbuch Ethische
Geldanlage«
seit August im Handel**

Schritte zur Überwindung von struktureller Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen

Die Einführung der von SÜDWIND geplanten Edition wird Ende Januar erscheinen.

Im Mittelpunkt steht die Frage, was strukturelle Gewalt in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen eigentlich bedeutet. **Vorgesehene Kapitel sind:**

1. Was ist »strukturelle« Gewalt?
2. Gegenwärtige Strukturen wirtschaftlicher struktureller Gewalt in biblisch-christlicher Sicht
3. Worin liegen ungleiche Entwicklungschancen/strukturelle Ungleichheiten begründet?

■ Strukturelle Gewalt im Nord-Süd-Handel

- Strukturelle Gewalt auf den internationalen Finanzmärkten
- Strukturelle Gewalt in den politischen Machtverhältnissen
- Ein Ergebnis struktureller Gewalt: Einkommensunterschiede zwischen Norden und Süden

4. Wie könnten Alternativen aussehen?
5. Was heißt in diesem Kontext Gewaltüberwindung?
6. Handlungsoptionen

Parallel dazu wird bereits an einer Materialsammlung zu Argentinien gearbeitet, die ebenfalls bald erscheinen soll.

Die WestLB kommt nicht aus den Schlagzeilen

Studie über die WestLB in Kooperation mit Urgewald e.V. ist in vollem Gange

Seit September erscheint die Westdeutsche Landesbank (WestLB) mit Sitz in Düsseldorf und Münster in neuem Gewand. Die organisationsrechtliche Neustrukturierung war wegen der Streitigkeiten mit der Europäischen Kommission und der europäischen Bankenvereinigung nötig geworden. Nun gibt es »zwei WestLBs«, die öffentlich-rechtliche Landesbank NRW und ihre 100%ige Tochter, die privatrechtlich organisierte WestLB AG.

Grundlegende Veränderung außer einer neuen Namensetikettierung hat dieser Wandel jedoch vorerst nicht gebracht. Der Streit um die sogenannte OCP-Ölpipeline in Ecuador (siehe Info 21 und 20) ist weiterhin ungelöst. (Eine gute Übersicht über den OCP-Fall liefert das Öldossier unter http://www.globalaware.de/Index_ALT.html sowie Hintergrundinformationen zur Situation in Ecuador auf der SÜDWIND-Homepage unter http://www.suedwind-institut.de/3-012_fs.htm)

Die WestLB, die an der Spitze des Bankenkonsortiums steht, welches dieses Vorhaben finanziert, beharrt immer noch darauf, dass bei dem Projekt im ecuadorianischen Urwald die Weltbankstandards eingehalten werden. Dabei liegen inzwischen schwergewichtige Argumente vor, die belegen, dass dies nicht der Fall ist.

Gutachten belegt: Weltbankstandards verletzt

Immer wieder betonen die Westdeutsche Landesbank und auch die nordrhein-westfälische Landesregierung als Haupt-eignerin der Bank, dass die Einhaltung der Weltbankstandards »unabdingbare Voraussetzung« für die Finanzierung sei. Da beide sich nicht willens zeigten, dies von unabhängiger, kompetenter Seite überprüfen zu lassen, entschlossen sich mehrere Nichtregierungsorganisationen (NROs) aus Deutschland, Italien und den USA – darunter auch SÜDWIND –, im Sommer dieses Jahres ein Gutachten in Auftrag zu geben.

Der Autor, Dr. Robert Goodland, ist Tropenökologe und gilt gemeinhin als der »Papst der Weltbankstandards«, denn er arbeitete vor seiner Pensionierung 25 Jahre lang bei der Weltbank. In dieser Zeit war er maßgeblich an der Entwicklung ihrer Standards, insbesondere zur Umweltverträglichkeitsprüfung, zu indigenen Gemeinschaften und zum Schutz natürlicher Lebensräume, beteiligt.

Bewusst fiel die Wahl der NROs auf Goodland, um jegliche Vorwürfe eines Gefälligkeitsgutachtens im Voraus von der Hand zu weisen. Als Koryphäe in diesem Bereich muss selbst die WestLB seine Seriosität, Kompetenz und Unvoreingenommenheit anerkennen.

In dem im September vorgelegten Gutachten kommt Goodland zum Ergebnis, »dass gegen alle vier relevanten Sozial- und Umweltstandards der Weltbank verstoßen wird.« Er kritisiert, dass die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) der OCP erst nach der Festlegung der Route und nach Baubeginn erstellt wurde und somit gar nicht die Alternativroute mit den geringsten Schäden ermitteln konnte. Genau dies ist aber eine der zentralen Forderungen der Weltbankrichtlinie OP 4.01. Auch wurden die Auswirkungen der durch die Pipeline bedingten Verdoppelung der Erdölproduktion nicht in der UVP untersucht. Zudem verstoße die UVP gegen die Weltbank-



Richtlinie zum Schutz natürlicher Lebensräume und die Richtlinie zur zwangsweisen Umsiedlung von Menschen. Goodland moniert, dass die Pipeline mit illegalen Methoden durchgedrückt werde und massiv die Standards zum Schutz indigener Gemeinschaften verletzt. (Das komplette Gutachten kann unter http://www.suedwind-institut.de/3-012_fs.htm runtergeladen werden).

Dieses Ergebnis ist eine schallende Ohrfeige für die WestLB. Es zeigt auf, wie leichtfertig die Bank ein internationales Projekt finanziert, ohne in irgendeiner Weise die ökologischen und sozialen Auswirkungen des Projektes vor einer Kreditvergabe zu untersuchen und abzuschätzen.

Außer dem Hinweis, dass die WestLB das Gutachten an die OCP weiterleiten wird, hat sie in keiner Weise weiter Stellung zum Gutachten genommen noch in irgendeiner Weise kommuniziert, inwiefern dieses Ergebnis ihr weiteres Vorgehen bei der Finanzierung der Ölpipeline beeinflussen wird.

Ausnahme oder Regel?

Für die gerade neuentstandene WestLB AG wird die internationale Projektfinanzierung ein zentrales Betätigungsfeld ihres zukünftigen Geschäfts sein. Obwohl sie im internationalen Vergleich zu den eher kleineren Banken gehört, konkurriert die Bank mit Sitz in Düsseldorf und Münster mit der Citibank um den Platz eins der internationalen Projektfinanzierer.

Deswegen haben wir uns entschlossen, ein bisschen genauer hinzuschauen, ob der Fall in Ecuador »nur« eine unrühmliche Ausnahme darstellt oder ob auch in anderen Fällen

Öko- und Sozialstandards, sowie die entwicklungspolitischen Auswirkungen eigentlich kein Entscheidungskriterium bei der Vergabe von Kreditgeldern durch die WestLB darstellen.

In einem Kooperationsprojekt untersuchen SÜDWIND und Urgewald e.V. diesen Sachverhalt. Die Studie wird zum einen die Bank in ihrer Struktur und ihren Entscheidungsmechanismen durchleuchten und zum anderen an 10 Fallbeispielen exemplarisch aufzeigen, welche Auswirkungen die finanzierten Projekte auf die Regionen im Süden haben und haben werden. Die Studie erscheint aller Voraussicht nach Ende Januar 2003.

WestLB unter Beobachtung

Auch auf der internationalen NRO-Szene rückt die WestLB immer mehr ins Blickfeld. Bei einem internationalen Treffen in Rom von kritischen NROs, die zu Banken arbeiten, war der OCP-Fall und die WestLB ein zentrales Thema. Es wird überlegt, die Kampagne gegen die WestLB international weiterzuführen.

Eines ist auf jeden Fall jetzt schon deutlich: Die Zeiten, in denen die WestLB als Global Player in der Projektfinanzierung unbemerkt von der kritischen Öffentlichkeit ihre Geschäfte tätigen konnte, sind vorbei. Es wird jetzt sehr genau hingeschaut, wo und vor allem in welcher Art und Weise sich die WestLB international engagiert. Und nicht zuletzt wird auch die Landesregierung von NRW in die Verantwortung genommen, dafür zu sorgen, dass ökologische, soziale und entwicklungspolitische Kriterien nicht als profitschmälerndes lästiges Hemmnis angesehen werden.

STEFFEN JÖRG ■



»Saubere Kleidung« an Hoch- und Berufsschulen

Das Thema Bekleidung gehört in die Hochschulen. Studenten und Studentinnen bilden eine Zielgruppe des Bekleidungshandels. Doch uns geht es eher um die Hochschulbildung. Seit 1996 gibt es die Kampagne für Saubere Kleidung (CCC) auch in Deutschland, und ihre vielfältigen Aktivitäten wären sicherlich nicht ohne die Unterstützung und Mitarbeit von Studenten und Studentinnen in der Form möglich gewesen. Jüngstes Beispiel ist der Sportkongress, der am 3. und 4. Mai dieses Jahres an der Sporthochschule in Köln stattfand.

Studentenausbildung soll beeinflusst werden

Allerdings blieb innerhalb der Arbeit der Kampagne nie wirklich Zeit, um im Hochschulkontext gezielte und systematisierte (Fort-) Bildung anzubieten. Doch dies wollen wir jetzt endlich angehen.

Z.B.: An der Fachhochschule in Mönchengladbach können Studenten und Studentinnen Textil- und Bekleidungstechnik studieren. EinE BekleidungstechnikerIn bestimmt, wie und wo Kleidung im Auftrag des Unternehmens, in dem sie/er angestellt ist, gefertigt wird. Wir sind der Auffassung, dass Kenntnisse über die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Fabriken, in denen genäht wird, Kenntnisse über weltwirtschaftliche Zusammenhänge etc. für diesen Beruf unerlässlich sind. Deshalb bemühen wir uns, auf die Gestaltung des Lehrplans dahingehend Einfluss zu nehmen.

Z.B.: An der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln können StudentInnen Textiles Gestalten studieren. Das ist natürlich viel mehr als das Fach »Handarbeiten«, das viele von uns vielleicht noch so zu Schulzeiten kennengelernt haben. Wir meinen aber, dass, über die handwerklichen, künstlerischen und historischen Bereiche hinaus, Wissen über die Zusammenhänge in der Textilindustrie gelehrt werden sollten, sowohl an der Universität als dann in Folge auch an den Schulen.

Z.B.: Kaufleute im Einzelhandel des Fachbereichs Textil und Bekleidung. Im Rahmen ihrer Ausbildung lernen sie verschiedene Produkte kennen, wie man auf die Bedürfnisse der KundInnen eingeht, wie man den Einkauf organisiert und vieles andere mehr. Wir sind überzeugt, dass Wissen über die Arbeitsbedingungen in den Fabriken, in denen für die großen, renommierten Firmen produziert wird, deren Waren sie verkaufen, zum Unterrichtsstoff gehört. Wir erhoffen uns, dass sie, je nach Arbeitsstelle, auf das Einkaufsverhalten ihres Unternehmens Einfluss nehmen und somit zum einen den Kun-

stinnenwunsch nach »sauber« hergestellter Kleidung befriedigen, und zum anderen Druck auf die Markenfirmen ausüben, die ihre Ware durch sie verkaufen möchten.

Unterrichtsmaterial auf dem Prüfstand

An diesen drei Beispielen wird deutlich, dass wir mehr wollen, als ausschließlich durch verschiedene Aktionen, die natürlich weiterhin wichtig sind, neue AktivistInnen zu gewinnen. Wir erhoffen uns von Veränderungen in den Unterrichtsinhalten Veränderungen in der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeiten, z.B. in den obengenannten Berufsfeldern und somit langfristig nachhaltige positive Veränderungen der Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen in der Textilindustrie.

Über den Sportkongress sind erste Kontakte geknüpft worden, die wir seit dem Arbeitsbeginn von Karin Wieder ausbauen und verfestigen. Im kommenden Wintersemester wird Karin Wieder an einer Veranstaltung des Fachbereichs »Textiles Gestalten« der Universität Köln zum Thema: »Neue Konzeption des Faches Textilgestaltung im Vergleich II. Textilien/Mode und globale Frauenarbeit« unter Leitung von Frau Prof. Marita Bombek teilnehmen. Die StudentInnen werden im Rahmen dieser Veranstaltung Schulunterricht gestalten und ihre Erfahrungen verschriftlichen. Wir werden aus den Ergebnissen Unterrichtsmaterial für Schulen und Veröffentlichungen in Fachpublikationen erstellen. Auch für das Sommersemester haben wir bereits geplant.

Wir hoffen, dass dies ein positiver Auftakt ist und wir in den kommenden SÜDWIND-Infos weiter über den Fortgang des Projekts berichten können.

KARIN WIEDER ■



»Atypische Beschäftigungsverhältnisse und Betriebsdemokratie«

Die folgenden Thesen wurden von Ingeborg Wick für eine von der Grünen Bildungswerkstatt, dem Renner-Institut, ATTAC und Beigewum organisierten Diskussionsveranstaltung mit dem Titel »Demokratisierung im Betrieb« am 26./27.9.02 in Wien verfasst.

→ 1. Verstärkte internationale Debatte um atypische/informelle Arbeit

Die Jahreskonferenz 2002 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), einer Unterorganisation der Vereinten Nationen, hat das Thema »Informelle Wirtschaft«/»Informelle Arbeit« als einen Schwerpunkt für die kommenden drei Jahre festgelegt. Mit der Fortentwicklung des von der ILO vor 30 Jahren für Entwicklungsländer geprägten Begriffs »Informeller Sektor« hin zu dem der »Informellen Wirtschaft« wurden die Globalität und der Querschnittscharakter dieses Themas festgestellt.

→ 2. Begrifflichkeit, Definition und Daten zu atypischer/informeller Arbeit

Die Begriffe »formelle-informelle« bzw. »typische-atypische« Arbeit setzen eine Norm voraus, die nach verschiedenen Aspekten zu hinterfragen ist (historisch, genderspezifisch u.a.).

Obwohl es keine allgemeingültige Definition atypischer Beschäftigungsverhältnisse gibt, werden ihre Hauptmerkmale folgendermaßen zusammengefasst: Sie sind durch Arbeits- und Sozialgesetze nicht registriert, reguliert und geschützt. Informell Beschäftigte sind dadurch außerordentlich verwundbar und abhängig.

Heute arbeitet die Mehrheit aller Beschäftigten der Welt in der informellen Wirtschaft. Überwiegend handelt es sich bei ihnen um Frauen. Informelle Arbeit zeichnet sich aus durch geringes und unregelmäßiges Einkommen, lange Arbeitszeiten, fehlenden Zugang zu Informationen, Märkten, Finanzen,

WIEN AM 26.09.2002 (FOTO: PETRA SPIOLA)



Aus/Fortbildung und Technologie. Informell Beschäftigte sind kaum gewerkschaftlich organisiert.

→ 3. Hintergründe/Erklärungsmuster

Ein wesentlicher Grund für die rapide Ausbreitung informeller Arbeit seit den 80er Jahren sind die mit der neoliberalen Globalisierung verbundenen weltweiten Umstrukturierungen (Finanzmärkte, Produktion, Handel, Arbeitsbeziehungen). Durch die Deregulierung der Märkte wuchs die globale Konkurrenz, in deren Folge Arbeitskosten gesenkt wurden, um Standortvorteile zu erreichen. Das für den keynesianisch-fordistischen Wohlfahrtsstaat typische »Normalarbeitsverhältnis« wird zunehmend aufgelöst. In den Entwicklungs- und Transformationsländern haben als Folge von Verschuldung Strukturanpassungsprogramme, Weltmarktöffnung und Privatisierungspolitik zur Informalisierung von Beschäftigung wesentlich beigetragen. Die Ansiedlung von »Freien Exportzonen« in Entwicklungsländern, in denen nationale Arbeits- und Sozialgesetze oft außer Kraft gesetzt sind, sind für diesen Informalisierungsprozess besonders charakteristisch.

→ 4. Strategien der ILO zur informellen Wirtschaft/Arbeit

Im Zuge der weltweiten Kampagne zur Förderung menschenwürdiger Arbeit verfolgt die ILO die Strategie, die informelle Wirtschaft und Arbeit zu formalisieren. Gesetzlichen und institutionellen Rahmenwerken komme hierfür eine Schlüsselrolle zu (öffentliche Programme zur Förderung von Bildung und Gesundheit, Anerkennung von Interessenvertretungen informell Beschäftigter und des sozialen Dialogs mit ihnen u.a.). Unternehmen werden aufgefordert, über Zugang zu Finanzen, Versicherungen und Technologie den Aufbau von Wirtschaftseinheiten in der informellen Wirtschaft zu unterstützen. Gewerkschaften sollen mit informell Beschäftigten zusammenarbeiten, Fortbildungs- und Schulungsprogramme mit ihnen durchführen und Genossenschaften aufbauen.

→ 5. Aktuelle Beispiele für die Formalisierung informeller Beschäftigungsverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland

Die Novellierung des Gesetzes zur Mitbestimmung, zur geringfügigen Beschäftigung und Scheinselbstständigkeit in der vergangenen Legislaturperiode sind Beispiele dafür, dass nach jahrelanger Mobilisierung einer gewerkschaftlichen Öffentlichkeit in Deutschland einer weiteren Deregulierung des Arbeitsmarkts punktuell entgegengewirkt werden konnte.



SÜDWIND BESCHÄFTIGT SICH SEIT SEINER GRÜNDUNG MIT DEM INFORMELLEN ARBEITSSEKTOR. DIE OBIGE BROSCHÜRE ERSCHIEN 1994.

→ 6. Innovative gewerkschaftliche/zivilgesellschaftliche Ansätze zur Verankerung von Sozialstandards in der (weltweiten) Produktion

Anfang der 90er Jahre recherchierte das SÜDWIND-Institut zu den Arbeitsbedingungen von Frauen in der Gebäudereinigungsindustrie dreier ausgewählter Länder. Fallstudien wurden an kirchlichen Einrichtungen im Rheinland mit einem hohen Grad von Ausländerbeschäftigung durchgeführt. Der mit der zunehmenden Privatisierung in dieser Branche verbundenen Verschlechterung von Arbeitsstandards begegnete SÜDWIND mit einer öffentlichen Kampagne bei kirchlichen Arbeitgebern, im Falle des Outsourcings soziale Mindeststandards vertraglich zu vereinbaren – z.T. mit Erfolg.

Die europaweit tätige Clean Clothes Campaign (CCC), in der das SÜDWIND-Institut aktiv beteiligt ist, die US Anti-Sweatshop Campaign und ähnliche Bündnisse von Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) und Gewerkschaften zielen auf die Sozialverantwortung von international tätigen Unternehmen, den Global Players, entlang der gesamten globalen Produktions-/Beschaffungskette ab und nutzen als Instrument Verhaltenskodizes und unabhängige Kontrollsysteme, um soziale Mindeststandards zu verankern. Dies schließt informell Beschäftigte mit ein. Diese Kampagnen arbeiten mit

Süd-Organisationen in den Produktionsländern von Bekleidung eng zusammen. Erste Institutionalisierungen von Verhaltenskodex-Initiativen («Soft Law») sind mittlerweile entstanden (Fear Wear Foundation in den Niederlanden u.ä.). Parallel dazu haben diese Kampagnen gesetzliche Initiativen zur Haftbarmachung transnationaler Unternehmen für Arbeitsrechtsverletzungen bei weltweiten Zulieferern angestoßen. Gewerkschaftliche Rahmenabkommen und die Einrichtung von Weltbetriebsräten sind weitere Beispiele für die Anstrengungen, betriebliche Demokratie im globalen Maßstab zu praktizieren.

→ 7. Neue gewerkschaftliche Strategien

Die ILO sieht die Notwendigkeit, dass Gewerkschaften mit informell Beschäftigten zusammenarbeiten. In der CCC und ähnlichen Initiativen sind Gewerkschaften neue Allianzen mit NROs im Nord-Süd-Verhältnis eingegangen. Auch sind in den letzten Jahren neue Konzepte gewerkschaftlicher Organisation in Industriestaaten wie z.B. den USA entwickelt worden.

Der gemeindebezogenen Ansatz der US-Dienstleistungsgewerkschaft SEIU sprengt den Rahmen einer engen Betriebsbezogenheit und öffnet sich einer weiter verstandenen Interessenvertretung von Beschäftigten inkl. Betroffenen aus dem beruflichen und privaten Umfeld.

→ 8. Weitergehende Rahmenbedingungen ändern

Ohne eine Veränderung weitergehender Rahmenbedingungen (Umverteilung und Neubewertung aller Formen der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, Abbau von patriarchalen und rassistischen Diskriminierungen, Regulierung der Finanzmärkte u.ä.) bleibt die Strategie einer zunehmenden Formalisierung der Informalität von Beschäftigungsverhältnissen Stückwerk. Es bedarf erheblichen Geschicks und beachtlicher Ausdauer, diese Strategie mit angelagerten Themenbereichen zu verknüpfen.

INGEBORG WICK ■

Buchbesprechungen



»Global Players – Kultur, Ökonomie und Politik des Fußballs«

Anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft 2002 in Japan und Südkorea hat der Verlag Brandes & Apsel in Kooperation mit Südwind Wien ein Buch mit äußerst interessanten Beiträgen zu den historischen, räumlichen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Aspekten des Fußballs herausgegeben. Im Unterschied zu den Bereichen des Fußballs, über den auf den Sportseiten von Tageszeitungen berichtet wird, widmet sich die Publikation schwerpunktmäßig den Zentrum-Peripherie-Beziehungen rund um den Fußball. In Regionalstudien zum Fußball in Lateinamerika, Osteuropa, Afrika und Ostasien behandelt das Buch Themen wie Fußballstadien und Stadtentwicklung, die Produktion von Fußbällen in Pakistan, die Migration von Fußballern aus Afrika, die Rolle der Geschlechter im Fußballsport u.a.

»Global Players – Kultur, Ökonomie und Politik des Fußballs«, von Michael Fanizadeh/Gerald Hödl/ Wolfram Manzenreiter (Hg.) u.a., HSK 20, Internationale Entwicklung, Frankfurt/Main, 2002



Dokumentation des Sportkongresses

In der Reihe epd-Dokumentation vom 28.10.02 sind unter dem Titel »Fit for Fair – Für menschenwürdige Arbeitsbedingungen in der weltweiten Sportswear-Industrie« die Materialien und Ergebnisse des gleichnamigen Sportkongresses erschienen, den die »Kampagne für Saubere Kleidung« und der ASTA der Sporthochschule Köln am 3./4. Mai 2002 in Köln durchgeführt haben. Forschungsergebnisse des SÜDWIND-Instituts und des »Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt« in Jakarta zu Arbeitsbedingungen im indonesischen adidas-Zulieferbetrieb Tuntex sind u.a. in diese Dokumentation aufgenommen worden.

Bestellung: siehe Bestellliste letzte Seite.





Weltentwicklungsbericht 2002 – Institutionen für Märkte schaffen

In der Einleitung des aktuellen Weltentwicklungsberichtes wird die Frage aufgeworfen: »Warum sind Marktaktivitäten für manche lohnend und möglich, für andere aber nicht?« Die Studie beschäftigt sich dann hauptsächlich damit, wie nationale Institutionen der Wirtschaft, Regierung und Verwaltung sowie der Gesellschaft innerhalb der Entwicklungsländer aussehen sollten, um Märkte zu verbessern. Viele der zusammengetragenen Fakten und Argumente sind interessant.

Doch die Betrachtungen der Weltbank verbleiben weitgehend auf einer technokratischen Ebene. So ist es im WeltENTWICKLUNGSbericht unverständlich, dass die Reduzierung der Arbeitnehmerrechte in Indien sowie die Fähigkeit der Unternehmen Gesetze zu brechen gelobt wird (»Die Unternehmen wurden gewandter, wenn es darum ging, Arbeitsmarktvorschriften zu umgehen und gewerkschaftlichen Druck zu widerstehen.«) – ohne auch nur zu erwähnen, was dies für die Lebenssituation der Arbeitnehmer bedeutet.

Auffallend ist zudem, dass die Anbindung der Fragestellung an die derzeitige Diskussion um die internationalen Institutionen, die die weltweiten Regeln der Märkte bestimmen, weitestgehend fehlt. In einem Kasten geht es beispielsweise um eine gescheiterte Privatisierung der Wasserversorgung. Warum wird dort nicht erwähnt, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) neuerdings eine solche Privatisierung als Bedingung für die Vergabe von Krediten schlichtweg vorschreibt? Und dass die Weltbank selbst keine Kredite vergibt, wenn die es keine gültigen Vereinbarung mit dem IWF gibt?

Ähnlich dünn sind die Aussagen zu Handelsregeln. Joseph Stiglitz, Ökonomie-Nobelpreisträger und drei Jahre lang Chefökonom der Weltbank, schrieb über das durch die Welthandelsorganisation weltweit durchgesetzte verschärfte Patentrecht, dieses sichere höhere Profite der Pharmaunternehmen und »bedeutete faktisch das Todesurteil für Tausende von Kranken, weil das öffentliche Gesundheitswesen und die Privatpersonen in Entwicklungsländern die verlangten hohen Preise nicht mehr bezahlen konnten.«

Im Weltentwicklungsbericht finden sich dagegen nur einige weiche Formulierungen mit dem Tenor, das TRIPS bringe auch Nachteile für Entwicklungsländer.

Weltbank (Hrsg.): Weltentwicklungsbericht 2002 – Institutionen für Märkte schaffen, Bonn 2002, 294 Seiten



Bericht über die menschliche Entwicklung 2002 – Stärkung der Demokratie in einer fragmentierten Welt

Auch der neue UNDP-Bericht verweist auf die Schwäche der Institutionen in Entwicklungsländern, fordert eine Demokratisierung in allen Bereichen (Regierungsführung, Sicherheitssektor, Beteiligung der Zivilgesellschaft an Entscheidungen ...). Doch im Unterschied zur Weltbank werden hier die internationalen Institutionen mit ihrem direkten Einfluss auf das Leben der Armen eben nicht ausgeblendet.

Wenn die Weltbank von einer Verbesserung der Märkte redet, dann sollte sie sich die folgende Aussage des UNDP-Berichtes genauer ansehen: »Die Handelsregeln arbeiten durchweg gegen Produkte aus Entwicklungsländern, wie z.B. landwirtschaftliche Produkte und Textilien. Mit diesen Regeln gelingt es nicht, protektionistischem Missbrauch auf Seiten der Industrieländern Einhalt zu gebieten. Im Durchschnitt betragen die Zölle der Industrieländer auf Importe aus Entwicklungsländern das Vierfache der Zölle auf Importe aus anderen Industrieländern. Die Industrieländer subventionieren überdies die heimische Landwirtschaft mit etwa einer Milliarde US-Dollar pro Tag – mehr als dem Sechsfachen dessen, was sie für die offizielle Entwicklungshilfe ausgeben.«

Warum sich daran nichts ändert? UNDP verweist auf die Schwäche der internationalen Institutionen, die sich zum Ziel gesetzt haben, Märkte so zu gestalten, dass sie den (armen) Menschen dienen: »Es ist vielleicht kein Zufall, dass die repräsentativeren internationalen Institutionen wie der Wirtschafts- und Sozialrat und die Generalversammlung der Vereinten Nationen als diejenigen gelten, die die geringste Macht haben. Die Realität ist, dass die mächtigen Länder, die für den Erfolg jeder internationalen Institution ausschlaggebend sind, zu den Institutionen tendieren, die ihnen den höchsten Einfluss einräumen. Und sie nehmen ihre Macht mit sich: sei es in die ‚Green Room‘-Sitzungen der WTO oder in die Sitzungen des IWF-Exekutivrats.« Die Machtverteilung in der Weltbank sieht ähnlich aus wie beim IWF.

Wie jedes Jahr enthält der Bericht auch diesmal eine Vielzahl von Daten und Zahlen. Es wird festgehalten, wie weit Staaten bei der Reduzierung von Armut vorangekommen sind, wie viel Geld notwendig wäre, um eben diese zu beschleunigen – und dass die Reichen immer reicher werden.

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen – UNDP (Hrsg.): Bericht über die menschliche Entwicklung 2002 – Stärkung der Demokratie in einer fragmentierten Welt, Bonn 2002, 307 Seiten

Bezug beider Bücher: UNO-Verlag, am Hofgarten 10, 53113 Bonn,
Tel.: 02 28-9 49 02-0, Fax: 02 28-9 49 02-22, Email: info@uno-verlag.de, Homepage: www.uno-verlag.de

Der IWF auf der Überholspur?



Die Entschuldungsdebatte hat sich von Seiten der Gläubiger bislang überwiegend auf die ärmsten hoch verschuldeten Länder vornehmlich aus Afrika konzentriert. Dabei wurden all die Länder außer Acht gelassen, die mit ihren Wirtschaftskrisen ganze Regionen in Mitleidenschaft gezogen haben, und Millionen von Menschen unter die Armutsgrenze fallen ließen. Abgesehen von dieser Exklusivität hat SÜDWIND gemeinsam mit erlassjahr.de aber auch immer wieder betont, dass es vor allem einer grundlegenden Reform der Verfahrensweise bedarf. Bislang entscheiden einzig und allein die Gläubiger darüber, wie mit einem Land, das ganz offensichtlich in die Zahlungsunfähigkeit geraten ist, zu verfahren ist. Eigens gegründete Gläubigertaskforce entscheiden darüber, WER einen Schuldenerlass erwarten darf, WIEVIEL maximal erlassen werden darf und WELCHE Bedingungen dafür zu erfüllen sind. Die Entscheidungsgewalt, verbunden mit massiver Politikbeeinflussung in den souveränen Schuldnerstaaten, liegt einzig und allein in den Händen der Gläubiger, die sich somit zu Richtern in eigener Sache machen und in dieser Machtstellung ihre Eigeninteressen problemlos durchsetzen können. Angesichts einer sehr zweifelhaften Rolle, die sie in der Vergangenheit bei der Entwicklung der Verschuldungskrise spielen haben, ist diese Tatsache doppelt fragwürdig.

Vorbild: Insolvenzverfahren

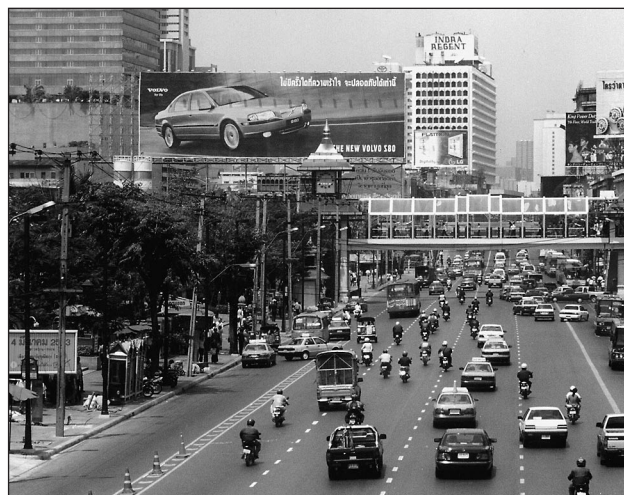
Für eine Verfahrensreform in der Entschuldungsstrategie haben wir immer gefordert, dass Gläubiger und Schuldner als gleichberechtigte Partner Wege aus der Verschuldungssituation suchen und eine unabhängige Instanz über notwendige Erlasse und Schuldentragfähigkeit entscheidet. Grundlage der Entscheidung muss dabei die Sicherung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung in dem Schuldnerland (Existenzminimum) sowie eine finanzielle Unabhängigkeit für einen eigenverantwortlichen Neuanfang sein. Motivation für einen Schulden-

erlass ist dabei nicht die maximale Befriedigung der Gläubigerinteressen, sondern der wirtschaftliche Neuanfang.

Ein solches Interesse steht auch im US-amerikanischen Insolvenzverfahren für Unternehmen im Vordergrund, in dem nicht die Zerschlagung eines Unternehmens und die Aufteilung der Vermögenswerte an die Gläubiger das Ziel ist, sondern im gesamtwirtschaftlichen Interesse der Erhalt des Unternehmens und der Arbeitsplätze.

Aber das US-Recht hat noch mehr Positives zu bieten. Hier gibt es ein Insolvenzverfahren nicht nur für Unternehmen, sondern auch für öffentliche Gebietskörperschaften wie Städte, Kommunen u.ä. Im Falle einer drohenden oder akuten Insolvenz können diese Gebietskörperschaften eine neutrale Instanz anrufen und Schutz unter dem entsprechenden Chapter 9 der US-Insolvenzrechtssprechung beantragen. Ein wichtiges Element, das ebenfalls in Chapter 9 festgeschrieben ist, beinhaltet ein Anhörungsrecht für die betroffene Bevölkerung. Sie kann dann z.B. in der »Beweisaufnahme« davon berichten, wie sich die Sparmaßnahmen zur Bedienung des Schuldendienstes auf ihre konkrete Armutssituation auswirken oder wie stark sie von den Handelsblockaden der Gläubigerstaaten betroffen sind. Auch internationale Organisationen wie Hilfswerke oder die UNO könnten sich hier Gehör verschaffen. Die neutrale Instanz hat zur Aufgabe, in ihrem Schiedsspruch die Würde insbesondere der Schutzbedürftigsten zu garantieren.

Dank des Wiener Professors Kunibert Raffer wurde dieses Chapter 9 in der internationalen Diskussion zur Grundlage für die Forderung nach einer Verfahrensreform in Entschuldungsverhandlungen: Erlassjahr-Kampagnen aus dem Norden und aus dem Süden fordern auf dieser Grundlage eine Entschuldung durch ein »Faires und Transparentes Schiedsverfahren«.





Kernelemente für mehr Gerechtigkeit

Die entscheidenden Kernelemente in einem solchen Verfahren – die unparteiische Entscheidungsfindung, die Sicherstellung der Grundversorgung der Bevölkerung und das Anhörungsrecht der Bevölkerung – werden ergänzt durch eine Reihe wesentlicher Details, die diese Kernelemente flankieren. Hierzu gehören u.a.:

- Die Transparenz in dem gesamten Prozessverlauf, von der Planung bis hin zur Veröffentlichung aller Ergebnisse und Zwischenergebnisse.
- Eine effiziente Beteiligung der Zivilgesellschaft in allen Phasen des Prozesses.
- Die Möglichkeit zur Überwachung der Umsetzung der Ergebnisse.
- Die Identifizierung und den Erlass von illegitimen Forderungen, wodurch auch die Mitverantwortung der Gläubiger in der Schuldenkrise zum Tragen kommt.
- Die Verpflichtung der Schuldnerregierung zugunsten der Armutsbekämpfung, sowie die Möglichkeit einer Revision des Erlasses bei Nicht-Einhaltung.

In ein solches Verfahren müssen alle Gläubiger – Staaten, private Banken, multilaterale Geldgeber wie die Weltbank und der Internationalen Währungsfonds (IWF) – mit einbezogen werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass nicht einzelne Gläubigergruppen von Teilerlassen anderer Gläubigergruppen profitieren und damit dem Schuldnerland die Ressourcen wieder entziehen, die es von anderer Seite durch Schuldnerlasse zur Verfügung gestellt bekommen hat.

Auf die Überholspur...

All dies sind Forderungen, die eine erhebliche Veränderung in der herrschenden Machtstruktur mit sich bringen würden. Dies dürfte dann auch der Grund dafür sein, dass dieser Vorschlag für eine Verfahrensreform lange Zeit als völlig unrealisierbar zurückgewiesen wurde, obwohl ähnliche Verhandlungen in der Geschichte durchaus ihre Vorbilder haben, so z.B. in Deutschland (s. Kasten zum Londoner Schuldenabkommen von 1953). In der gegenwärtigen Schuldenkrise aber sah man von Gläubigerseite keinen Handlungsbedarf; denn irgendwie

hatte man die mittlerweile vor dem Scheitern stehende Entschuldung der ärmsten Länder mehr schlecht als recht auf den Weg gebracht, und alle anderen Länder hatten – so die Gläubiger – ohnehin kein Verschuldungsproblem. Nachdem aber die Mängel der Entschuldungsinitiative für die ärmsten Länder immer deutlicher wurden und spätestens mit dem Ausbruch der Krise in Argentinien war diese Position nicht mehr haltbar.

Und nun begab sich der IWF höchstpersönlich auf die Überholspur. Ende letzten Jahres machte erstmals die Vize-Direktorin Anne Krueger mit einem Vorschlag für eine Verfahrensreform von sich reden, der im Laufe dieses Jahres mehr und mehr verfeinert wurde und schließlich bei der Jahrestagung von IWF und Weltbank Ende September diskutiert wurde. Ist damit die Schlacht gewonnen? Mitnichten; denn – wie sollte es anders sein? – die Übereinstimmung besteht einzig und allein in der Erkenntnis über die Notwendigkeit einer Verfahrensreform. In der Ausgestaltung klaffen himmelweite Unterschiede zwischen den Vorschlägen der Nichtregierungsorganisationen und dem IWF.

Diese Unterschiede betreffen alle genannten Kernelemente. Das vom IWF vorgeschlagene Verfahren zielt vor allem darauf ab, direkte Verhandlungen zwischen dem Schuldner und der unübersichtlichen Gruppe der Gläubiger einfacher zu gestalten und zu koordinieren. Zwar ist ein unabhängiges Gremium vorgesehen, doch hat es keine relevanten Entscheidungsbefugnisse. Im Gegenteil, explizit wird festgelegt, dass jegliche Entscheidung des IWF absolute Priorität hat.

... um auszubremsen

Auch die anderen essentiellen Kernelemente bleiben unberücksichtigt. So wird beispielsweise mit keinem Wort auf ein »Existenzminimum« des Schuldnerlandes eingegangen, geschweige denn auf die finanziellen Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Neuanfang. Im Gegensatz zur laufenden Ent-



schuldungsinitiative für die ärmsten hochverschuldeten Länder wird das Ziel der Armutsbekämpfung nicht einmal auf dem Papier erwähnt. Entsprechend wird auch keine Verpflichtung der Regierungen auf dieses Ziel angesprochen. Und während für die ärmsten und hochverschuldeten Staaten die Beteiligung der Zivilgesellschaft wenigstens in Teilbereichen noch angestrebt wird, ist in der Verfahrensreform des IWF hiervon keine Rede. Alles in allem wird mehr als deutlich, dass der IWF nicht auf die auch in internationaler Politik bewährten Mechanismen des Schiedsverfahrens zurückgreifen will, sondern seine Macht über Entscheidungsbefugnisse festigt, indem er quasi selbst die Rolle übernimmt, die einem unabhängigen Schiedsgericht zufallen muss.

Die Initiative des IWF wurde immer wieder als Schritt in die richtige Richtung bewertet, es ist allerdings nur ein sehr kleiner Schritt, der überwiegend in der Erkenntnis besteht, dass die gegenwärtigen Entschuldungsmechanismen nicht ausreichen. Der IWF hat sich zwar auf die Überholspur begeben; damit ist aber noch nichts gesagt über die Richtung, die er einschlagen wird. Und wenn der IWF nun seine ganzen PS in die Waagschale wirft, dann besteht die Gefahr, dass er alternative Initiativen ausbremsen wird. Denn im April nächsten Jahres soll eine neue Vorlage nochmals diskutiert und aller Wahrscheinlichkeit nach verabschiedet werden. Und sollte dieser Beschluss gefasst werden, dann dürfte eine neuerliche Veränderung der Beschlusslage bis auf weiteres blockiert sein.

Initiative gefragt

Dennoch – oder gerade deswegen – lohnt es sich zu kämpfen; denn viele Länder, die nach den gegenwärtigen Entschuldungsmechanismen nicht auf einen Schuldenerlass bauen dürfen, könnten von dieser Initiative erstmals profitieren. Ferner hat die verhaltene Offenheit in den multilateralen Institutionen hin zu neuen Mechanismen auch eine größere Offenheit einzelner bilateraler Gläubiger, darunter auch Deutschland, hervorgebracht. Im Bundestag wurde der Vorschlag zur Verfahrensreform von erlassjahr.de mehrfach diskutiert, ebenso in den Ministerien. Der Bericht der Enquetekommission des deutschen Bundestages zu »Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten« wirft »grundsätzliche Fragen nach einem gerechten Interessenausgleich zwischen Gläubigern und Schuldnern« auf und spricht sich deutlich für ein Schiedsverfahren unter Leitung eines unabhängigen Gremiums aus. Explizit ausgenommen werden dabei die internationalen Finanzinstitutionen, die selbst Gläubiger sind.

Diese Offenheit bei einzelnen bilateralen Gläubigern gilt es zu nutzen, insbesondere bei den G7-Staaten, die einen großen Einfluss auf die Politik der Finanzinstitutionen haben. Dies kann einerseits über eine Einflussnahme in der Debatte um die Ausgestaltung des neuen Verfahrens geschehen. Möglich ist aber auch der Versuch einer bilateralen Initiative beispielsweise zwischen Deutschland und einem Schuldnerstaat,

die in irgendeiner Weise ein Exempel setzt für eine bessere Ausgestaltung der Verfahrensreform, z.B. in Form einer alternativen Analyse über die Schuldentragfähigkeit. Hierfür aber ist die Initiative aus den Schuldnerländern selbst notwendig. Umso wichtiger wird also der Kontakt, den wir zu unseren Partnern im Süden haben.

IRENE KNOKE ■

SÜDWIND international aktiv

Um die Koalitionen mit unseren Partnern im Süden zu stärken bei der gemeinsamen Forderung nach einer Verfahrensreform im Sinne eines fairen Interessenausgleichs zwischen Schuldner und Gläubiger, haben unsere Südwind-Mitarbeitenden ihre Kontakte diesbezüglich verstärkt. Pedro Morazán kommt gerade erst von einer erneuten Vortragsreise aus Argentinien zurück, aus dem Land, das mit seiner derzeitigen Wirtschaftskrise die internationale Debatte um die Notwendigkeit einer Verfahrensreform bis in den IWF hat eindringen lassen.

Doch dieses Mal stand nicht nur Argentinien auf der Agenda. In Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung hat er einen Abstecher in das von einer Ansteckungsgefahr bedrohte Nachbarland Uruguay gemacht. Hier sollen die Vorschläge vorgestellt werden, um eine intensive Debatte auch in den Schuldnerländern selbst auszulösen. Dazu dient auch eine spanischsprachige Broschüre, die SÜDWIND gemeinsam mit der Stiftung für die Verteilung in diesen Ländern erstellt hat.

Auch die Reise von Irene Knoke im März dieses Jahres nach Ecuador stand ganz im Zeichen der Stärkung einer internationalen Koalition für eine Verfahrensreform in unserem Sinne. Hier trafen sich VertreterInnen von Erlassjahrkampagnen und Entschuldungsinitiativen aus 18 Ländern aus Nord und Süd, um über ein weiteres Vorgehen zu beraten. Es konnte eine gemeinsame Position mit bestimmten Kernelementen abgestimmt werden, was für das weitere Vorgehen der Kampagnen und Lobbyarbeit von besonderer Wichtigkeit ist, da es uns auch ein Mandat aus dem Süden gibt.

Ende September war Irene Knoke dann zu einer Konferenz in Indonesien geladen, um hier ebenfalls den Vorschlag für ein Schiedsverfahren zu diskutieren. Von den dort vertretenen zivilgesellschaftlichen Gruppen wurde eine ähnliche Position ebenfalls in das Abschlussdokument aufgenommen.

Die Koalitionen mit dem Süden werden also stärker, und das ist wichtig; denn die Aufgabe der Partner wird es sein, ihre eigenen Regierungen davon zu überzeugen, dass sie sich solche Vorschläge ebenfalls zu eigen machen. Daher bleibt noch viel zu tun, sowohl im Norden, als auch im Süden.

IRENE KNOKE UND PEDRO MORAZAN ■

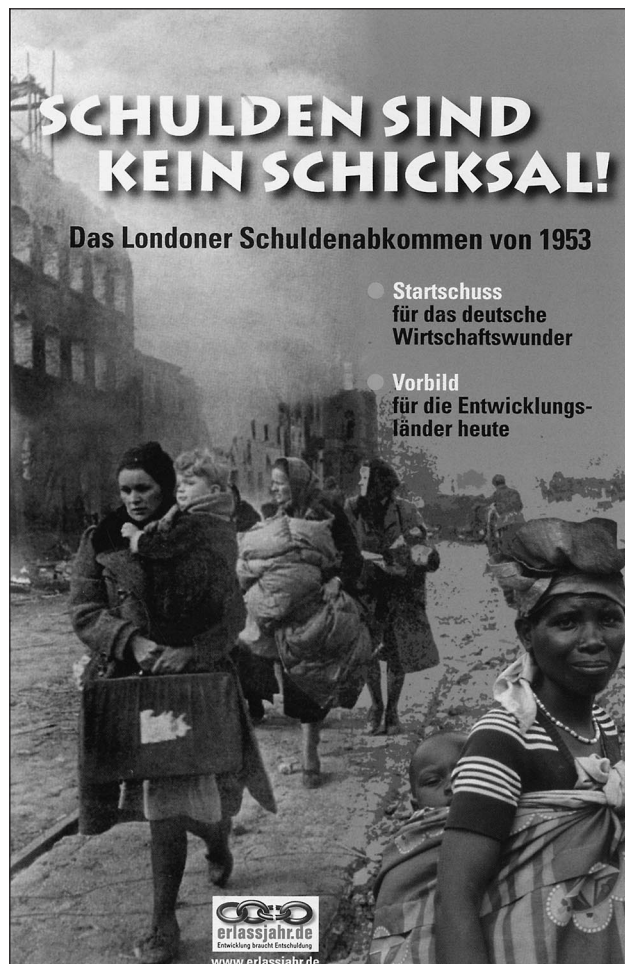
Das Londoner Schuldenabkommen von 1952

Das kriegszerstörte Deutschland konnte in den Nachkriegsjahren seine Schulden nicht bedienen. Daher sollten in einer umfassenden Lösung alle Schulden – Vorkriegs- und Nachkriegsschulden bei Staaten, Privatbanken sowie aus Anleihen bei Privatanlegern – während einer zentralen Konferenz geregelt werden, die vom 28.2.1952 bis zum 8.8.1952 in London tagte. Anwesend waren Vertreter aus 20 Gläubigerstaaten, die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) sowie Vertreter von privaten Gläubigern.

In den »Richtlinien für die Ausarbeitung der Empfehlungen« für die Londoner Konferenz heißt es, der Plan solle die allgemeine Wirtschaftslage der Bundesrepublik berücksichtigen, und »er darf weder die deutsche Wirtschaft durch unerwünschte Auswirkungen auf die innere Finanzlage aus dem Gleichgewicht bringen noch vorhandene oder künftige deutsche Devisenquellen über Gebühr in Anspruch nehmen«. Laut Einleitung des Schlusstextes sei der Vertrag »getragen von dem Wunsche, die Hindernisse auf dem Wege zu normalen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den anderen Staaten zu beseitigen und dadurch einen Beitrag zur Entwicklung einer blühenden Völkergemeinschaft zu leisten«.

Letztendlich wurden Lehren aus der Zeit von 1919 bis 1932 gezogen, als das Deutsche Reich umfangreiche Reparationen zahlen sollte für die Schäden, die es im Ersten Weltkrieg angerichtet hatte. Ständige Neuverhandlungen, Umschuldungen, die Aufnahmen neuer Anleihen und der Versuch des Deutschen Reiches, die Zahlungen zu umgehen, lähmten Anfang und Ende der zwanziger Jahre die deutsche Wirtschaft und führten zu einem wirtschaftlichen Chaos in Deutschland und Europa. Mitte 1931 verkündete dann der amerikanische Präsident Hoover ein Moratorium für ein Jahr und 1932 wurden dem Deutschen Reich fast die gesamten noch ausstehenden Reparationszahlungen in Höhe von 112 Mrd. Goldmark erlassen. Es bleiben damit nur noch die ausstehenden Kredite als Schulden übrig.

In London wurden der Bundesrepublik von Anfang an erhebliche Zugeständnisse gemacht. Auf der Basis des Wertes von Gold berechnet, wurden die Vorkriegsschulden mit 13,5 Mrd. DM festgelegt und die Nachkriegsschulden mit 16,2 Mrd. DM, zusammen also rund 29,7 Mrd. DM. Damit wurden schon vorab alle seit 1934 bzw. 1939 nicht gezahlten Zinsen und Zinseszinsen auf Vorkriegsschulden erlassen. Vorsichtige Berechnungen gehen davon aus, dass damit indirekt mindestens 14,6 Mrd. DM erlassen wurden.



In den weiteren Verhandlungen wurden sowohl von den Nachkriegs- als auch von den Vorkriegsschulden rund 50% erlassen. Es verblieb eine Restschuld von 14,45 Mrd. DM. Auch diese Restschuld wurde de facto weiter reduziert, da sie teilweise zinsfrei war und der Rest zu sehr niedrigen Zinsen (2,5 bzw. 4–5%) berechnet wurde. Deutschland wurde zugestanden, in den ersten fünf tilgungsfreien Jahren (1953–1957) lediglich Zinszahlungen in Höhe von 567,2 Millionen DM jährlich zu leisten. In der Zeit von 1958–1978 sollten jährlich Tilgungszahlungen in Höhe von 765 Millionen DM geleistet werden. Bei Zahlungsproblemen konnte ein Schiedsgerichtshof angerufen werden.

Die vorgesehenen Zahlungen lagen bereits 1952 mit 3,35% deutlich unter einer Quote von 5% der deutschen Exporteinnahmen in Höhe von 16,908 Mrd. DM. Mit dem starken Wachstum der deutschen Exporte (1960: 47,952 Mrd.;

1970: 125,280 Mrd.) hätte der Anteil der Tilgungen an den Exporteinnahmen deutlich unter 1% sinken können, wenn die Bundesrepublik nicht schon ab 1953 Jahr für Jahr mehr Geld überwiesen hätte, als sie eigentlich musste. So konnten die Schulden bis auf kleinste Restbeträge bis 1960 vorab getilgt werden.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Ziele des Londoner Abkommens voll und ganz erreicht wurden. Die verbleibenden Schulden erwiesen sich als gut tragbar und ermöglichten eine solide Finanzplanung. Die BRD wurde wieder zu einem berechenbaren Kreditnehmer auf den internationalen Finanzmärkten und erhielt frisches Geld. Zudem blieb die Währung stabil und war ab 1958 frei konvertibel. Ausländische Firmen konnten die weitere wirtschaftliche Entwicklung voraussehen und investierten in den deutschen Wiederaufbau.

Damit war das Londoner Schuldenabkommen ein wichtiger Baustein für den Wiederaufbau Westdeutschland.

FRIEDEL HÜTZ-ADAMS ■

Kampagne von erlassjahr.de läuft

Zum Londoner Schuldenabkommen plant erlassjahr.de eine große Kampagne, für die auch schon Plakate und Faltblätter erstellt wurden.

Kontakt zu erlassjahr.de:

erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung,
Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf,
Tel.: 0211 / 4693-196, Fax: 0211 / 4693-197,
E-Mail: buero@erlassjahr.de,
Homepage: www.erlassjahr.de

Aus dem Büro



✎ Änderungen bei den Mitarbeitenden – neu dabei: Karin Wieder

Seit 1. Juni arbeitet Karin Wieder (Jahrgang 1961), Romanistin M.A., mit im Bereich »Frauen und Wirtschaft« und ist dort speziell für die Kampagne für Saubere Kleidung tätig. Ihr geht es vor allem um die Einführung des Themas »Arbeitsbedingungen in der weltweiten Bekleidungsindustrie« als Unterrichtsthema an Hochschulen, Universitäten und Berufsschulen.

Karin Wieder ist »DÜ-Rückkehrerin«. Sie lebte und arbeitete mit ihrem Mann von 1996 bis 2002 in Managua, Nicaragua, beim Evangelischen Kirchenrat (CEPAD). Gemeinsam bauten sie einen »Theologischen Fernstudiengang« für PastorInnen und GemeindeleiterInnen auf, der sich vor allem an Menschen richtet, die weit ab von städtischer Infrastruktur leben und somit keinen Zugang zu Fortbildungsmöglichkeiten haben.



Wer hilft bei der Standbesetzung auf dem Ökumenischen Kirchentag 2003?

Erste Anmeldungen liegen vor, doch wir könnten noch mehr Unterstützung brauchen: Vom 28.5. bis zum 1.6.2003 findet in Berlin der Ökumenische Kirchentag statt. SÜDWIND überlegt zur Zeit, ob wir dort – neben inhaltlicher Beteiligung an Foren – einen eigenen Stand anmelden. Doch dazu brauchen wir Unterstützung. Konkret: Wer kann sich vorstellen, an einem oder mehreren Tagen einen Stand mit zu besetzen?

Wer Interesse hat: Bitte melden bei Friedel Hütz-Adams, Tel: 0 22 41-25 97 35, Email: huetz-adams@suedwind-institut.de.



Wer kann beim Ökumenischen Kirchentag 2003 SÜDWIND-Materialien auslegen?

Falls wir keinen eigenen Stand auf dem Ökumenischen Kirchentag gestalten können: Wer ist mit seiner eigenen Organisation / Gruppe vor Ort und könnte dort Werbematerialien von SÜDWIND auslegen?

Wer Interesse hat: Bitte melden bei Friedel Hütz-Adams, Tel: 0 22 41-25 97 35, Email: huetz-adams@suedwind-institut.de.



ÜbersetzerInnen für Homepage gesucht

Erste Angebote liegen auch hier vor, doch wir könnten noch mehr Unterstützung brauchen: SÜDWIND will die Homepage deutlich stärker auch mit übersetzten Artikeln bestücken. Dazu suchen wir ÜbersetzerInnen: Wer kann sich vorstellen, einzelne Texte zu übersetzen? Gesuchte Sprachkenntnisse: Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch.

Wer Interesse hat: Bitte melden bei Friedel Hütz-Adams, Tel: 0 22 41-25 97 35, Email: huetz-adams@suedwind-institut.de.

Aus dem Büro



Kontaktadressen zu den Mitarbeitenden von SÜDWIND:

Friedel Hütz-Adams

Arbeitsbereich: Geschäftsführende Aufgaben und Öffentlichkeitsarbeit

Email: huetz-adams@suedwind-institut.de

Durchwahl: 0 22 41 - 25 97 35

Steffen Jörg

Arbeitsbereich: Ethische Geldanlagen

Email: joerg@suedwind-institut.de

Durchwahl: 0 22 41 - 25 97 34

Irene Knoke

Arbeitsbereich: Verschuldung sowie Koordination des Entschuldungsnetzwerkes Ecuador

Email: knoke@suedwind-institut.de

Durchwahl: 0 22 41 - 25 95 47

Monika Krämer

Arbeitsbereich: Buchhaltung und Verwaltung

Tel.: 0 22 41 - 5 36 17

Dr. Pedro Morazan

Arbeitsbereich: Verschuldung und internationale Finanzmärkte

Email: morazan@suedwind-institut.de

Durchwahl: 0 22 41 - 25 95 31

Antje Schneeweiß

Arbeitsbereich: Ethische Geldanlagen

zur Zeit in Elternzeit

Ingeborg Wick

Arbeitsbereich: Sozialstandards im Welthandel

Email: wick@suedwind-institut.de

Durchwahl: 0 22 41 - 25 95 30

Karin Wieder

Arbeitsbereich: Sozialstandard im Welthandel

Email: wieder@suedwind-institut.de

Tel.: 0 22 41 - 25 95 48



SÜDWIND wirbt: Homepage, Faltblatt, Musterartikel

Warum eine Geldanlage ethisch sein kann



Menschen, die bei ihrer Geldanlage nicht nur die drei klassischen Kriterien Rendite, Sicherheit und Verfügbarkeit in ihrer Entscheidungskalkül einbeziehen, sondern darüber hinaus bestimmte **ethische Kriterien** anlegen und sich fragen, was mit dem Geld finanziert werden soll und was nicht, betreiben **ethisches Investment**.

Sie sind sich bewusst, dass ihre Entscheidung, wie und wo sie ihr Geld anlegen, nicht nur Auswirkungen auf die Rendite hat, sondern auch das Wirtschaftsgeschehen und das Leben vieler Menschen weltweit beeinflusst. Denn durch unsere Bankgeschäfte, Rentenfonds und Geldanlagen sind wir Teil des weltweiten Geldmarktes. Und auch wenn die Werbung der Banken Anderes suggeriert: **Geld kann nicht arbeiten**. Es sind die Menschen in den konkreten Unternehmen, die die Rendite durch ihre Arbeit erwirtschaften. Diese Arbeit findet nicht immer unter – im ethischen und sozialen Sinne – akzeptablen Bedingungen statt, genauso wie die Tätigkeiten verschiedener Firmen mehr oder weniger akzeptable ökologische und soziale Auswirkungen haben können.

Das in Deutschland angelegte Privatvermögen betrug Anfang 2001 3,5 Billionen €. Es gilt dieses Potential auszunutzen. Indem wir sozial und umweltpolitisch verantwortlich investieren, ergibt sich die Möglichkeit, gesellschaftlichen Druck für eine soziale und ökologische Verbesserung in Unternehmen aufzubauen.

WAS PASSIERT EIGENTLICH MIT MEINEM GELD?

WOFÜR WIRD MEIN GELD VERWENDET?

Kriterien des ethischen Investments

Bei der Überlegung, Geld ethisch korrekt anzulegen, gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten. Zum Einen kann über **Negativ- oder Ausschlusskriterien** sichergestellt werden, dass Investitionen in fragwürdige Bereiche wie z.B. Rüstung, Atomenergie oder Gentechnik vermieden werden. Hierbei werden Unternehmen bestimmter Branchen unabhängig von den Renditeerwartungen von einer Geldanlage ausgeschlossen. Diese Vorgehensweise bildete den historischen Anfang ethischer Geldanlagen (siehe Kasten S. 3).

Zum Anderen – und diese Entwicklung hatte ihren Ursprung in den 80er Jahren – können Investitionsentscheidungen durch die Anwendung sogenannter **Positivkriterien** vollzogen werden. Der zentrale Gedanke hierbei ist, dass das Geld gerade in solche Unternehmen fließen soll, die sich durch ihr ökologisches und/oder soziales Engagement als förderungswürdig auszeichnen. Eine weitere Entwicklung dieser Vorgehensweise ist der »best in class«-Ansatz, bei dem branchenspezifisch diejenigen Unternehmen bevorzugt werden, die im Vergleich innerhalb ihrer Branche am weitesten ökologischen und sozialen Kriterien gerecht werden.

Wichtig hierbei ist, dass für eine ethische Geldanlage, die diesen Namen verdient, die Berücksichtigung von Ausschlusskriterien unverzichtbar ist. Denn sonst kann es dazu kommen, dass »ethische« Geldanlage bedeutet, in die am ökologischsten hergestellte Tretmine zu investieren.

Ein gutes Beispiel für einen strengen und konsequenten Kriterienkatalog bietet der Natur-Aktien-Index (NAI). Der Aktienindex beinhaltet 20 internationale Unternehmen, die nach sozialen und ökologischen Kriterien ausgewählt werden. Der Katalog ist abrufbar unter www.greenfacts.de/seiten/pdf/kriterien.pdf

bäuden etc. ausgelegt werden, man kann sie mit der Post verschicken

Wer dieses Faltblatt zur Mitgliederwerbung nutzen möchte kann eine beliebig große Anzahl bestellen (Bestellung: siehe Publikationsliste auf der letzten Seite).



Homepage

Die SÜDWIND-Homepage wird immer wieder aktualisiert. (www.suedwind-institut.de). Falls Sie privat oder an Ihrer Arbeitsstelle selbst über eine Homepage verfügen, wären wir Ihnen sehr verbunden, wenn Sie von Ihrer Homepage aus einen Link zu unserer Homepage legen würden.



Musterartikel

Das SÜDWIND-Büro kann Ihnen Artikel in verschiedener Länge zur Verfügung stellen. Diese können Sie in Ihnen zugänglichen Rundschreiben / Zeitschriften veröffentlichen. Die Artikel enden mit der Bitte, Mitglied zu werden.

Eine Auswahl der Musterartikel finden Sie auf unserer Homepage (www.suedwind-institut.de) in der Rubrik »Service« unter »Musterpresseerklärungen«. Sie können dort die Artikel herunterladen oder diese auf Diskette sowie als Ausdruck im SÜDWIND-Büro anfordern.

Falls Sie nur ganz wenig Platz haben: Schon der Abdruck unseres Logos, kombiniert mit der Angabe unserer Homepage-Adresse, wäre eine wichtige Werbung für SÜDWIND.



Folien und Power-Point-Präsentation zur Vorstellung von SÜDWIND

Bereits im letzten SÜDWIND-Info wurde sie vollmundig angekündigt, doch leider liegt sie erst jetzt vor: Wer SÜDWIND in Gruppen und Organisationen vorstellen will, hat immer wieder das Problem: wo fange ich eigentlich an. Wir entwickeln derzeit eine Präsentation von SÜDWIND. Wer möchte, kann Folien für Overhead-Projektoren sowie eine Power-Point-Präsentation beziehen, die Vorträge erleichtern soll.

Wer Interesse hat: Bitte melden bei Friedel Hütz-Adams, Tel: 0 22 41-25 97 35, Email: huetz-adams@suedwind-institut.de.



NEU: Faltblatt zum ethischen Investment erschienen.

Zusammen mit dem Westdeutschen Förderkreis von Oikocredit e.V. hat SÜDWIND ein Faltblatt zur Thematik der ethischen Geldanlage erstellt. Auf der vierseitigen Broschüre wird ein einführender Einblick in die Theorie und Praxis der ethischen Geldanlage gegeben. Neben der Geschichte und den Kriterien ethischen Investments gibt es Literaturhinweise zum Weiterlesen und eine Auswahl an konkreten Möglichkeiten der ethischen Geldanlage.

Das Faltblatt ist als pdf-Datei von unserer Homepage runterladbar. Des weiteren können Exemplare der Druckausgabe kostenlos bei uns im Büro bestellt werden, gerne auch in größerer Stückzahl zum Weiterverteilen und Auslegen.



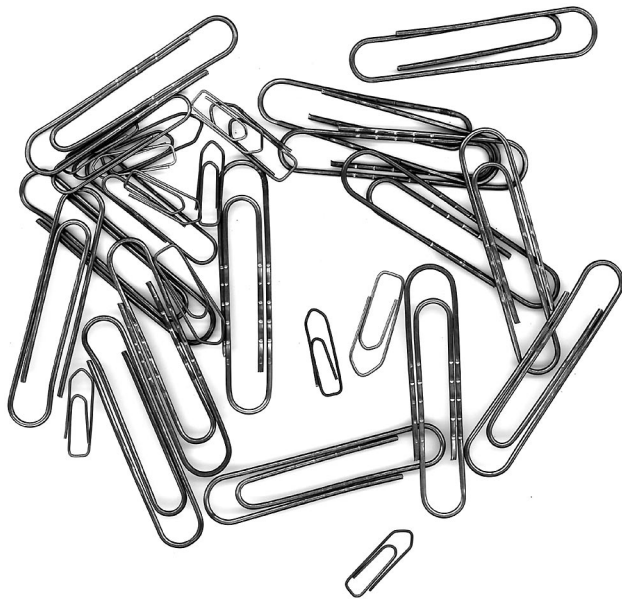
Bitte legen Sie unser Faltblatt aus

Die Faltblätter lassen sich für viele Zwecke nutzen. So können sie in Eine-Welt-Läden, Pfarrheimen, Kirchen, öffentlichen Ge-

»Schnuppermitgliedschaft«: Verschenken Sie Mitgliedschaften

Wollten Sie vielleicht immer schon mal jemanden für SÜDWIND interessieren? Um das Verschenken der Mitgliedschaft zu erleichtern, bieten wir die befristete »Schnuppermitgliedschaft« an: Die Mitgliedschaft hätte einen vorläufigen Status und ist auf ein Jahr beschränkt. Ihr Geschenk würde Sie damit einen Jahresbeitrag von 70 € kosten.

Am Ende des Jahres werden wir die Schnuppermitglieder anschreiben und fragen, ob sie dauerhaftes Mitglied werden wollen.



Aus dem Büro



Wer kommt zu einem Seminar über SÜDWIND?

Wer SÜDWIND vorstellen möchte, fühlt sich manchmal erschlagen durch die Vielfältigkeit unserer Forschungsthemen: Wo soll man anfangen und wie einen Überblick bekommen? Wer über Folien und eine Power-Point-Präsentation hinaus informiert werden möchte, für den können wir ein Seminar über SÜDWIND anbieten:

- Wer gründete SÜDWIND mit welchen Zielen?
- Wie finanziert sich das Institut?
- Zu welchen Bereichen wird gerade gearbeitet?
- Wie sehen die Perspektiven aus?

Gedacht ist an ein Tagesseminar (ab 10.00 Uhr bis 16 Uhr) im September.

Wer Interesse hat:

Bitte melden bei Friedel Hütz-Adams, Tel: 0 22 41 / 25 97 35, Email huetz-adams@suedwind-institut.de.



SONDERANGEBOT:

Die folgenden 5 Broschüren sind Teil eines Sonderangebotes:

11. **»Arme Reiche Christen«**, Materialien für vier Bibelabende, mit einem didaktischen Begleitheft, von Susanne Zimmermann und Stephan Schmidlein, Materialien 1, 3. überarb. Aufl. 1996 (5 Euro)
22. **»Die Kirche und ihr Geld – Vom Geld begeistert – Vom Geist bewegt?«**, Eine Handreichung, von Jörg Baumgarten, Karin Ritter, Stephan Schmidlein und Dirk Wolter, Materialien 2, 2. Aufl. 1994, 90 Seiten (5 Euro)
25. **»Bürsten gegen den Strich: Frauen im Reinigungsgewerbe – Ländervergleich Deutschland Südafrika – Namibia / Handlungsalternativen«**, von Ingeborg Wick, SÜDWIND-texte 4, 1994, 170 Seiten (3 Euro)
26. **»Wirtschaften für das Leben. Umsetzungsmöglichkeiten der Beschlüsse der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung UNCED 1992 in Rio«**, von Pedro Morazán, »texte 55«, Verlag Dienste in Übersee, 1994, 160 Seiten (5 Euro)
39. **»Kommunales Wirtschaften für das Leben. Ein Leitfaden zur Umsetzung einer lokalen Agenda 21«**, von Pedro Morazán, Materialien 5, 1997, 50 Seiten (6,50 Euro, ab 10 Expl. 4 Euro)

3 Stück davon kosten: 5 Euro (plus 2,50 Euro Versandkostenpauschale)

ALLE 5 kosten: 7,50 Euro (plus 2,50 Euro Versandkostenpauschale)

Hiermit bestelle ich / bestellen wir:

- ❶ **SÜDWIND-Faltblatt** (kostenlos) Expl.:
- ❷ **Infopakete:** Faltblatt SÜDWIND/Satzung SÜDWIND/
Selbstvorstellung (alle kostenlos) Expl.:
- ❸ **SÜDWIND-Jahresbericht**, akt. Ausg. (kostenlos) . . . Expl.:
- ❹ **SÜDWIND-Info**, aktuelle Ausgabe (kostenlos) . . . Expl.:
- ❺ **»Auf dem Weg zu größerer wirtschaftlicher Gerech-
tigkeit. Der Beitrag des Neuen Testaments zur ge-
genwärtigen wirtschaftsethischen Diskussion«**, von
Jörg Baumgarten, 1992 (kostenlos) Expl.:
- ❻ **»Gott steht auf der Seite der Armen. Erklärungen
der Kirchen zu wirtschaftlicher Gerechtigkeit«**,
SÜDWIND-texte 1, 3. Aufl. 1994 (2,50 €) Expl.:
- ❼ **»Arme Reiche Christen«**. Materialien für vier Bibelaben-
de, mit einem didaktischen Begleitheft, von Susanne
Zimmermann und Stephan Schmidlein, *Materialien 1*,
3. überarb. Aufl. 1996 (5 €) Expl.:
- ❽ **»Die Kirche und ihr Geld – Vom Geld begeistert –
Vom Geist bewegt?«** – Eine Handreichung, von Jörg
Baumgarten, Karin Ritter, Stephan Schmidlein und Dirk
Wolter, *Materialien 2*, 2. Aufl. 1994 (5 €) Expl.:
- ❾ **»Bürsten gegen den Strich: Frauen im Reinigungs-
gewerbe – Ländervergleich Deutschland – Südafrika
– Namibia/ Handlungsalternativen«**, von Ingeborg
Wick, *SÜDWIND-texte 4*, 1994 (3 €) Expl.:
- ❿ **»Wirtschaften für das Leben – Umsetzungsmög-
lichkeiten der Beschlüsse der Weltkonferenz für
Umwelt und Entwicklung UNCED 1992 in Rio«** von
Pedro Morazán, »texte 55«, Verlag Dienste in Übersee,
1994 (5 €) Expl.:
- ⓫ **»Kleider machen Beute – Deutsche Altkleider ver-
richten afrikanische Arbeitsplätze«**, von Friedel
Hütz-Adams, *SÜDWIND-texte 5*, 3. Aufl. 1998,
(7,50 €) Expl.:
- ⓬ **»Kommunales Wirtschaften für das Leben«** –
Ein Leitfaden zur Umsetzung einer lokalen Agenda 21,
von Pedro Morazán, *Materialien 5*, 1997 (6,50 €,
ab 10 Expl. 4 €) Expl.:
- ⓭ **»Altkleider auf Abwegen. Kommunale Agenda 21
und Altkleidersammlungen – Ein Leitfaden«**, 1997
(3 €, ab 10 Expl. 2 €) Expl.:
- ⓮ **»Kleiderproduktion mit Haken und Ösen. Arbeits-
bedingungen bei chinesischen und philippinischen
Zulieferbetrieben deutscher Unternehmen«**, von
Ingeborg Wick, *texte 6*, 2. Aufl. 1997, (6 €) Expl.:
- ⓯ **»Schulden dürfen das Überleben nicht gefährden.
Kirchliche Texte zur internationalen Schuldenkrise«**,
SÜDWIND-texte 7, 1998 (3 €, ab 10 Expl. 2 €) . . . Expl.:
- ⓰ **»Informalisierung der Arbeit«**, int. Fachtagung 'Schat-
tenwirtschaft und gewerkschaftliche Interessenvertre-
tung', 1999, von Ingeborg Wick (kostenlos) Expl.:

- ⓱ **»Frauenarbeit in Freien Exportzonen«**, von Ingeborg
Wick, in: Globalisierung und Peripherie, HSK 14,
Frankfurt/Wien 1999, S. 189–208 (2 €) Expl.:
- ⓲ **»Schuldenumwandlung für Bildung in Kamerun«**, von
Pedro Morazán, Anthea Bethge; 1999, (2,50 €) . . . Expl.:
- ⓳ **»Tansania: Untragbaren Schuldendienst begrenzen –
soziale Entwicklung fördern«**, von M. Hanfstängel,
1999 (2,50 €) Expl.:
- ⓴ **»Brasilien: Neue Wege zur Entschuldung dringend
gesucht«**, von W. Pomar, 1999 (2,50 €) Expl.:
- ⓵ **»Indonesische Billigproduktion für deutsche Mode
multis. Ansätze für Alternativen«**, von Ingeborg Wick,
Materialien 7, 1999, 32 S. (2,50 €) Expl.:
- ⓶ **»Das Kreuz mit dem Faden. Indonesierinnen nähern
für deutsche Modemultis«**, von Ingeborg Wick und
»Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt«/Jakarta, *texte 11*,
2000, 152 S. (8,50 €, ab 10 Expl.: 7,50 €) Expl.:
- ⓷ **»Deutsche Großbanken entwicklungspolitisch in der
Kreide? Entwicklungsverträglichkeit deutscher Ban-
kengeschäfte am Beispiel Brasiliens und Indone-
siens«**, von Karin Astrid Siegmann, *SÜDWIND-texte 12*,
2000 (7,50 €) Expl.:
- ⓸ **»Workers' tool or PR play? – A guide to codes of in-
ternational labour practice«**, von Ingeborg Wick, hrsg.
Friedrich-Ebert-Stiftung und SÜDWIND-Institut für Öko-
nomie und Ökumene, 2001 (5 €) Expl.:
- ⓹ **»Die Armutsbekämpfung durch die Gläubiger – Er-
fahrungsberichte aus 11 Ländern«**, *SÜDWIND-texte*
13, 2001 (5 €, ab 10 Expl. 4 €) Expl.:
- ⓺ **»Verhaltenskodizes – Werbegags oder Hebel für Be-
schäftigte«**, von Ingeborg Wick, erschienen in: »Welt-
weit gegen Sozialdumping«, hrsg. von der IG-Metall, dem
DGB-Bildungswerk und der Friedrich-Ebert-Stiftung,
2001, Seite 25–63 (1,50 €) Expl.:
- ⓻ **»Schuldenkrise in Argentinien – Wer zahlt die Zeche?«**,
hrsg. von SÜDWIND und dem EED, 2002, 68 Sei-
ten, DIN A5 (6 €, ab 10 Expl. 4 €) Expl.:
- ⓼ **»Kursbuch Ethische Geldanlage«**, von Antje
Schneeweiß, hrsg. vom SÜDWIND e.V., Fischer Ta-
schenbuch Verlag, 230 S., 2002 (€ 9,90) . . . Expl.:
- ⓽ **»Warum eine Geldanlage ethisch sein kann«**,
Faltblatt (kostenlos) Expl.:
- ⓿ **»Fit for Fair – Für menschenwürdige Arbeits-
bedingungen in der weltweiten Sportswear-
Industrie«**, epd-Dokumentation des gleichnamigen
Sportkongresses, DIN A4, 50 S., 2002, (€ 2,50) Expl.:
- ⓿ **Neue Studie: Projektfinanzierung der WestLB in
Entwicklungsländern. Nachhaltige Investiti-
onen oder sozial-ökologische Katastrophe** (Ar-
beitstitel), erscheint Ende Januar 2003 Expl.:

Zuzüglich zu den Materialkosten berechnet SÜDWIND pauschal
2,50 € für den Versand – wir bitten um Ihr Verständnis.
Benutzen Sie bitte für die Überweisung unser Konto
Nr. 8 140 000 bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln
(BLZ 370 205 00).

Name.....
Adresse.....
.....
Datum/Unterschrift.....